

GROSSER RAT

Februarsession 2023

Anfrage Crameri betreffend Ausscheidung von Vorranggebieten für Trockenwiesen

Mit Schreiben vom 6. Januar 2023 haben das Amt für Natur und Umwelt (ANU) und das Amt für Raumentwicklung (ARE) die Bündner Gemeinden darüber informiert, dass auf ihrem Territorium Trockenwiesen und -weiden (TWW) von nationaler Bedeutung im nationalen Biotopinventar verzeichnet sind. Das TWW-Inventar wurde vom Bundesrat im Jahr 2021 aktualisiert. Sollen auf TWW Vorhaben realisiert werden, wie z. B. Leitungen oder Bergbahnanlagen, entstehen Konflikte mit den Schutzbestimmungen der Verordnung über den Schutz der Trockenwiesen und -weiden von nationaler Bedeutung (TwwV; SR 451.37). Die TwwV sieht vor, dass Vorhaben, welche nicht im nationalen Interesse liegen, nur umgesetzt werden können, wenn ein sogenanntes Vorranggebiet vorliegt. Die bisherige Praxis von ANU und ARE, wonach solche Vorhaben mit einem einfachen Instrument abzuwickeln waren, das Eingriff und Ersatzleistung bewertete, sind aufgrund der neueren Gerichtspraxis nicht mehr zulässig. Dies hat zur Folge, dass die Bewilligung von Vorhaben in TWW-Gebieten grosse zeitliche Verzögerungen erfahren, wenn keine Vorranggebiete ausgeschieden wurden. Vorranggebiete müssen in einer ersten Phase durch fachliche Grundlagen erarbeitet werden und mit den Betroffenen und dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) bereinigt und in der zweiten Phase in der Nutzungsplanung festgelegt werden. Das ANU und das ARE schliessen das vorgenannte Schreiben mit folgender Empfehlung: «Um zu verhindern, dass künftige Vorhaben in Ihrer Gemeinde aufgrund von Konflikten mit nationalen TWW-Gebieten unnötig verzögert werden, empfehlen wir Ihnen deshalb dringend, den Bedarf für die Umsetzung des TWW-Inventars über das Instrument des Vorranggebiets in Ihrer Gemeinde zu prüfen und Vorranggebiete gemäss der TwwV in der kommunalen Nutzungsplanung vorsorglich festzulegen.»

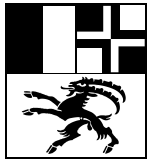
Die Gemeinden sehen sich damit mit neuen Aufgaben konfrontiert, wonach zuerst Vorranggebiete gesucht, gefunden und festgelegt werden müssen. Die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sind ebenfalls zu begrüssen und davon zu überzeugen. Sodann muss das Ganze in die Ortsplanung der Gemeinde überführt werden.

Die Unterzeichnenden gelangen deshalb mit folgenden Fragen an die Regierung:

1. Teilt die Regierung die Ansicht, dass diese Aufgabe die Gemeinden und betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer vor grosse Herausforderungen stellt?
2. Wie hoch schätzt die Regierung den Aufwand für die Erarbeitung der fachlichen Grundlagen und die Bereinigung mit den Betroffenen (erste Phase)?
3. Werden die Gemeinden für ihren Mehraufwand und die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer für allfällige mit der Festlegung einhergehende öffentlichrechtliche Eigentumsbeschränkungen entschädigt?
4. Wie kann aus Sicht der Regierung verhindert werden, dass «über die Köpfe der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer» entschieden wird?
5. Ist die Regierung bereit, sich dafür einzusetzen, dass eine Teilrevision der TwwV angestrebt wird, um die Festlegung von Vorranggebieten sowie erneute, unnötige Planungsprozesse, welche die Ortsplanung der Gemeinden zusätzlich belasten, zu vermeiden?

Chur, 15. Februar 2023

Crameri, Roffler, Loi, Altmann, Beeli, Berther, Berweger, Binkert, Brandenburger, Brunold, Butzerin, Casutt, Censi, Collenberg, Della Cà, Derungs, Donatsch, Dürler, Epp, Föhn, Furger, Gansner, Hartmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kienz, Kohler, Laim, Lamprecht, Loepfe, Luzio, Maissen, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Righetti, Saratz Cazin, Sax, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Städler, Tanner, Thür-Suter, Tomaschett, Ulber, von Tschärner, Weber, Wieland



Sitzung vom

17. April 2023

Mitgeteilt den

19. April 2023

Protokoll Nr.

311/2023

Anfrage Crameri

betreffend Ausscheidung von Vorranggebieten für Trockenwiesen

Antwort der Regierung

Der Bund hat seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451) am 1. Januar 1967 ausgiebig von seinem Recht Gebrauch gemacht, Schutzbestimmungen im Bereich Naturschutz zu erlassen. Diese Bestimmungen sind auch als eine Reaktion auf die negative Entwicklung der Biodiversität zu verstehen. Eines der Instrumente, mit denen der Bund die Erhaltung der einheimischen Biodiversität anstrebt, sind die Bundesinventare. Der Bundesrat hat die Kompetenz, Biotopie von nationaler Bedeutung zu bezeichnen und ihre Lage zu bestimmen. Den Kantonen kommt dann die Aufgabe zu, für deren Schutz und Unterhalt zu sorgen. Allerdings lässt der Bund den Kantonen bei dieser Aufgabe nicht einfach freien Lauf, sondern hat die Vollzugsaufgaben in fünf Verordnungen (je eine pro Lebensraumtyp) und Vollzugshilfen konkretisiert. In den fünf Biotopschutzverordnungen sind insbesondere auch die Schutzziele, mehr oder weniger gleichlautend, festgelegt: Die Objekte sind ungeschmälert zu erhalten. Lediglich die Verordnung über den Schutz der Auengebiete von nationaler Bedeutung (Auenverordnung; SR 451.31) und die Verordnung über den Schutz der Trockenwiesen und -weiden von nationaler Bedeutung (Trockenwiesenverordnung, TwwV; SR 451.37) lassen in Art. 4 Abs. 2 resp. Art. 7 Abweichungen vom Schutzziel zu und ermöglichen so einen wenn auch nur begrenzten Spielraum für Güterabwägungen, nämlich für standortgebundene Vorhaben, die einem überwiegenden öffentlichen Interesse von ebenfalls nationaler Bedeutung dienen. Lediglich die TwwV enthält eine noch weitergehende Ausnahmebestimmung, die es den Kantonen erlaubt, Abweichungen vom Schutzziel für standortgebundene Vorhaben, die kein nationales Interesse darstellen, zu bewilligen, unter der Voraussetzung, dass Eingriff und Ersatz in einem sogenannten TWW-Vorranggebiet liegen.

Zu Frage 1: Ja, die Regierung teilt die Meinung in Bezug auf verfahrensmässige Herausforderungen für effektiv betroffene Gemeinden. Die Ausscheidung von TWW-Vorranggebieten dürfte nur für eine Minderheit der Bündner Gemeinden in Frage kom-

men, bei denen Nutzungskonflikte bestehen oder die sich klar abzeichnen. Die Herausforderungen liegen in der Früherkennung des Bedarfs für ein Vorranggebiet und darin, ob aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten ein Vorranggebiet bezeichnet werden kann, das den Anforderungen des Bundesamts für Umwelt genügt.

Zu Frage 2: Es liegen noch keine Erfahrungswerte für den Aufwand zur Bezeichnung eines Vorranggebiets vor. Der finanzielle Aufwand hängt von der Datenlage und der Grösse des Gebiets ab und dürfte für die meisten betroffenen Gemeinden im Bereich von wenigen 10 000 Franken liegen. Das Amt für Natur und Umwelt rechnet mit einem Zeitbedarf von mindestens einem Jahr für die Konzepterarbeitungsphase und mindestens einem Jahr für die Umsetzung in der Nutzungsplanung.

Zu Frage 3: Für die Erarbeitung der ökologischen Grundlagen für ein Vorranggebietskonzept kann der Kanton den Gemeinden NHG-Beiträge zusichern, deren Höhe sich nach der ökologischen Wirksamkeit der Massnahmen richten muss. Für Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen besteht kein unmittelbarer Entschädigungsanspruch. Wird eine Fläche ökologisch aufgewertet und führt dies zu einer Verminderung des Landwerts, kann der Minderwert jedoch entschädigt werden. Für die angepasste Pflege von Biotopflächen und Strukturen innerhalb eines TWW-Vorranggebiets erfolgt die Abgeltung basierend auf Bewirtschaftungsverträgen.

Zu Frage 4: Die Bezeichnung von Vorranggebieten erfolgt in der Nutzungsplanung. Dieses Verfahren bietet breite Mitwirkungsmöglichkeiten und vollen Rechtsschutz. Für Aufwertungen ist, wie für jede andere Zustandsveränderung auch, die Zustimmung des Grundeigentümers oder der Grundeigentümerin zwingend.

Zu Frage 5: Die Regierung hat sich verschiedentlich, aber bisher leider erfolglos, dafür eingesetzt, dass der Bund die rechtlichen Voraussetzungen dafür schafft, dass bei kleineren Eingriffen in TWW-Objekte, bei denen das Objekt in seinem Bestand nicht wesentlich geschmälert würde, das Ziel, die TWW quantitativ und qualitativ zu erhalten, mittels Anordnung von Realersatz im Bewilligungsverfahren gewährleistet werden könnte. Sie wird sich beim Bund auch weiterhin für Verfahrensvereinfachungen in dieser Richtung einsetzen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun da favrer 2023

Dumonda Crameri concernent la determinaziun d'areals prioritars per prads sitgs

Cun la brev dals 6 da schaner 2023 han l'Uffizi per la natira e l'ambient (UNA) e l'Uffizi per il svilup dal territori (UST) infurmà las vischnancas grischunas che lur territori cumpiglia pastgiras sitgas e prads sitgs (PPS) d'impurtanza naziunala ch'èn inscrites en l'Inventari naziunal dals biotops. L'Inventari PPS è vegnì actualisà dal Cussegl federal l'onn 2021. Sche projects sco p.ex. conducts u telefericas duain vegnir realisads sin objects PPS, resultan conflicts cun las disposiziuns da protecziun da l'Ordinaziun davart la protecziun da pastgiras e prads sitgs d'impurtanza naziunala (Ordinaziun davart ils prads sitgs, OPPS; CS 451.37). Tenor la OPPS pon projects che n'èn betg en l'interess naziunal vegnir realisads mo, sch'igl è avant maun in uschenumnà areal prioritari. Tenor la pratica dal UNA e dal UST vegnivan tals projects tractads fin ussa cun in simpel instrument che valitava l'intervenziun e la prestaziun da cumpensaziun. Pervia da la nova pratica giudiziala n'è quai betg pli permess. Quai ha per consequenza che la permissiun da projects sin objects PPS sa retardescha fermamain, sch'i n'èn betg vegnids determinads areals prioritars. En in'emprima fasa ston ils areals prioritars vegnir elavurads a maun da basas specificas e vegnir rectificgads cun las persunas pertutgadas sco er cun l'Uffizi federal d'ambient (UFAM). En la segunda fasa vegnan ils areals prioritars determinads en la planisaziun d'utilisaziun. Il UNA ed il UST fineschan la brev menziunada cun la suandanta raccomandaziun: «Per impedir che projects futurs vegnian retardads nunnecessariamain en Vossa vischnanca pervia da conflicts cun objects PPS d'impurtanza naziunala, As raccomandain nus urgentamain d'examinar Voss basegn da realisar l'inventari PPS sur l'instrument da l'areal prioritari e da determinar preventivamain areals prioritars tenor la OPPS en la planisaziun d'utilisaziun communal.»

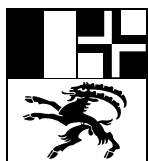
Las vischnancas èn pia confruntadas cun novas incumbensas e ston l'emprim tschertgar, chattar e determinar areals prioritars. Las proprietarias ed ils proprietaris dals bains immobigliars ston medemamain vegnir consultads e vegnir persuadids da quai. Lura sto tut vegnir transferì en la planisaziun locala da la vischnanca.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders drizzan perquai las suandantas dumondas a la Regenza:

1. È er la Regenza da l'avis che questa incumbensa saja ina gronda sfida per las vischnancas sco er per las proprietarias ed ils proprietaris dals bains immobigliars pertutgads?
2. Tge custs e quanta lavur stima la Regenza per l'elavuraziun da las basas specificas e per la rectificaziun da talas ensemen cun las persunas pertutgadas (emprima fasa)?
3. Vegnan las vischnancas indennisadas per lur surpli da custs e da lavur, e vegnan las proprietarias ed ils proprietaris dals bains immobigliars indennisads per eventualas restricziuns da la proprietad dal dretg public en consequenza da la determinaziun?
4. Co pon ins – ord vista da la Regenza – impedir ch'i vegnia decidì senza resguardar l'opiniun da las proprietarias e dals proprietaris dals bains immobigliars?
5. È la Regenza pronta da s'engaschar per ina revisiun parziala da la OPPS, per uschia evitar la determinaziun d'areals prioritars, ma er novs process da planisaziun nunnecessaris, ch'engrevgeschan supplementarmain la planisaziun locala da las vischnancas?

Cuira, ils 15 da favrer 2023

Crameri, Roffler, Loi, Altmann, Beeli, Berther, Berweger, Binkert, Brandenburger, Brunold, Butzerin, Casutt, Censi, Collenberg, Della Cà, Derungs, Donatsch, Dürler, Epp, Föhn, Furger, Gansner, Hartmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kienz, Kohler, Laim, Lamprecht, Loepfe, Luzio, Maissen, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Righetti, Saratz Cazin, Sax, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Städler, Tanner, Thür-Suter, Tomaschett, Ulber, von Tschärner, Weber, Wieland



Sesida dals

17 d'avrigl 2023

Communitgà ils

19 d'avrigl 2023

Protocol nr.

311/2023

Dumonda Crameri

concernent la determinaziun d'areals prioritars per prads sitgs

Resposta da la Regenza

La Lescha federala davart la protecziun da la natira e da la patria (LPNP; CS 451) è entrada en vigur il 1. da schaner 1967. Dapi lura ha la Confederaziun fatg abundanta-main diever da ses dretg da decretar disposiziuns da protecziun en il sector da la protecziun da la natira. Questas disposiziuns ston er vegnir chapidas sco reacziun sin il svilup negativ da la biodiversitad. In dals instruments, cun ils quals la Confederaziun emprova da mantegnair la biodiversitad indigena, èn ils inventaris federals. Il Cussegl federal ha la cumpetenza da designar biotops d'impurtanza naziunala e da fixar lur posiziun. Ils chantuns han lura l'incumbensa da procurar per la protecziun e per il mantegniment da quests biotops. La Confederaziun na dat dentant betg simplamain maun liber als chantuns, mabain ha concretisà questas incumbensas executivas en tschintg ordinaziuns (ina per mintga tip da biotop) ed en agids d'execuziun. En las tschintg ordinaziuns davart la protecziun dals biotops èn cunzunt er fixadas las finamiras da protecziun cun disposiziuns pli u main identicas: Ils objects ston vegnir mantegnids senza restricziuns. Unicamain l'Ordinaziun davart la protecziun da las zonas umidas d'impurtanza naziunala (Ordinaziun da las zonas umidas; CS 451.31) e l'Ordinaziun davart la protecziun da pastgiras e prads sitgs d'impurtanza naziunala (Ordinaziun davart ils prads sitgs, OPPS; CS 451.37) permettan, en l'art. 4 al. 2 resp. en l'art. 7, divergenzas da la finamira da protecziun. Uschia resulta ina libertad d'agir – bain mo da dimensiuns limitadas – per considerar ils interess, sch'i sa tracta da projects ch'èn dependents d'in lieu e che stattan en in interess public predominant. Quest interess sto medemamain esser d'impurtanza naziunala. Mo la OPPS cuntegna ina disposiziun excepziunala anc pli vasta. Quella permetta als chantuns da divergiar da la finamira da protecziun, sch'i sa tracta da projects ch'èn dependents d'in lieu, ma che na stattan betg en in interess naziunal. Quai sut la cundiziun che l'intervenziun e la cumpensaziun sa chattian en in uschenumnà areal prioritar PPS.

Tar la dumonda 1: Gea, er la Regenza è da quest avis areguard las sfidas proceduralas per vischnancas effectivamain pertutgadas. La determinaziun d'areals prioritars

PPS dastgass vegnir en dumonda mo per ina minoritad da las vischnancas grischunas, nua che conflicts d'utilisaziun existan u pudessan daventar visibels. Ina sfida è quella d'identifitgar a temp il basegn per in areal prioritar. In'otra sfida resulta da la dumonda, sch'igl è – sin basa da las relaziuns dal spazi natiral – pussaivel da designar in areal prioritar che satisfas a las pretensiuns da l'Uffizi federal d'ambient.

Tar la dumonda 2: Fin ussa n'èn anc disponiblas naginas valurs d'experientscha davart ils custs e davart la lavur per designar in areal prioritar. Ils custs dependan da la situaziun da las datas e da la grondezza dal territori. Per la gronda part da las vischnancas pertutgadas dastgassan els sa chattar en la regiun da paucs 10 000 francs. L'Uffizi per la natira e l'ambient quinta ch'i dovria almain in onn per la fasa da l'elavuraziun dal concept ed almain in onn per la realisaziun en la planisaziun d'utilisaziun.

Tar la dumonda 3: Per elavurar las basas ecologicas d'in concept per in areal prioritar po il chantun garantir contribuziuns LPNP a las vischnancas. L'autezza da las contribuziuns sto sa drizzar tenor l'efficacitad ecologica da las mesiras. Per las proprietarias ed ils proprietaris dals bains immobigliars n'exista nagin dretg d'indemnizaziun direct. Sche la valur ecologica d'ina surfatscha vegn augmentada e sche quai chaschuna ina reducziun da la valur dal terren, po la valur reducida dentant vegnir indemnizada. La tgira adattada da las surfatschas da biotop e da las structures entaifer in areal prioritar PPS vegn indemnizada sin basa da contracts da cultivaziun.

Tar la dumonda 4: Areal prioritar vegnan designads en la planisaziun d'utilisaziun. Questa procedura porscha vastas pussaivladads da cooperaziun e la protecziun giuridica cumplaina. Sco mintga autra midada dal stadi dovran er revalitaziuns en mintga cas il consentiment da la proprietaria u dal proprietari dal bain immobigliar.

Tar la dumonda 5: La Regenza è s'engaschada differentas giadas – ma fin ussa senza success – per che la Confederaziun stgaffeschia las premissas giuridicas che permettessan da garantir il mantegniment quantitativ e qualitativ da PPS, quai cun ordinar ina cumpensaziun reala en la procedura da permissiun, sch'i sa tracta d'intervenziuns pli pitschnas en objects PPS, nua ch'il stadi da l'object na vegniss betg restrenschi considerablmain. La Regenza vegn a s'engaschar er vinavant tar la Confederaziun per simplificaziuns da la procedura en questa direcziun.



En num da la Regenza

Il president:

Peter Peyer

Il cancellier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di febbraio 2023

Interpellanza Cramerì concernente la delimitazione di comprensori di valorizzazione per prati secchi

Con lettera del 6 gennaio 2023 l'Ufficio per la natura e l'ambiente (UNA) e l'Ufficio per lo sviluppo del territorio (UST-GR) hanno informato i comuni grigionesi in merito al fatto che nell'inventario nazionale dei biotopi sono iscritti prati e pascoli secchi (PPS) di importanza nazionale che si trovano sul loro territorio. L'inventario PPS è stato aggiornato dal Consiglio federale nel 2021. Se su PPS si intende realizzare progetti quali ad esempio condotte o impianti di risalita, risultano conflitti con le disposizioni di protezione dell'ordinanza sulla protezione dei prati e pascoli secchi d'importanza nazionale (OPPS; RS 451.37). L'OPPS prevede che i progetti che non rientrano nell'interesse nazionale possano essere realizzati soltanto in presenza di un cosiddetto comprensorio di valorizzazione. La prassi attuale di UNA e UST-GR secondo la quale simili progetti venivano evasi applicando uno strumento semplice che valutava l'intervento e la prestazione sostitutiva non è più ammessa a seguito della più recente prassi giudiziaria. Ne consegue che l'autorizzazione di progetti che interessano zone PPS subiscono lunghi ritardi se non sono stati delimitati comprensori di valorizzazione. In una prima fase i comprensori di valorizzazione devono essere elaborati fondandosi su basi specialistiche ed essere rettificati con gli interessati e con l'Ufficio federale dell'ambiente (UFAM); in una seconda fase devono essere determinati nella pianificazione dell'utilizzazione. L'UNA e l'UST-GR terminano la lettera summenzionata con la seguente raccomandazione: «Per evitare che in futuro, a seguito di conflitti con zone PPS nazionali, progetti previsti nel vostro Comune subiscano ritardi inutili, vi raccomandiamo urgentemente di verificare il bisogno nel vostro Comune riguardo all'attuazione dell'inventario PPS con lo strumento del comprensorio di valorizzazione e di delimitare preventivamente i comprensori di valorizzazione secondo l'OPPS nella pianificazione comunale dell'utilizzazione.»

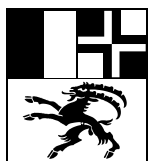
I comuni si vedono quindi confrontati a nuovi compiti i quali prevedono che dapprima devono essere cercati, trovati e determinati comprensori di valorizzazione. Devono essere consultati e convinti anche i proprietari dei fondi. Poi il tutto deve essere inserito nella pianificazione locale del comune.

Le firmatarie e i firmatari si rivolgono pertanto al Governo con le seguenti domande:

1. Il Governo condivide l'opinione secondo la quale questo compito pone i comuni e i proprietari dei fondi interessati di fronte a grandi sfide?
2. A quanto stima il Governo l'onere per l'elaborazione delle basi specialistiche e per la rettifica con gli interessati (prima fase)?
3. I comuni vengono indennizzati per l'onere supplementare cui sono confrontati e i proprietari dei fondi vengono indennizzati per eventuali restrizioni di diritto pubblico della proprietà conseguenti alla determinazione?
4. Secondo il Governo in che modo è possibile evitare che si decida senza considerare il parere dei proprietari dei fondi?
5. Il Governo è disposto a impegnarsi affinché si miri a una revisione parziale dell'OPPS con l'obiettivo di evitare la determinazione di comprensori di valorizzazione nonché nuovi e inutili processi pianificatori che gravano ulteriormente la pianificazione locale dei comuni?

Coira, 15 febbraio 2023

Cramerì, Roffler, Loi, Altmann, Beeli, Berther, Berweger, Binkert, Brandenburger, Brunold, Butzerin, Casutt, Censi, Collenberg, Della Cà, Derungs, Donatsch, Dürler, Epp, Föhn, Furger, Gansner, Hartmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kienz, Kohler, Laim, Lamprecht, Loepfe, Luzio, Maissen, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Righetti, Saratz Cazin, Sax, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Städler, Tanner, Thür-Suter, Tomaschett, Ulber, von Tschärner, Weber, Wieland



Seduta del

17 aprile 2023

Comunicato il

19 aprile 2023

Protocollo n.

311/2023

Interpellanza Crameri

concernente la delimitazione di comprensori di valorizzazione per prati secchi

Risposta del Governo

Dall'entrata in vigore della legge federale sulla protezione della natura e del paesaggio (LPN; RS 451), avvenuta il 1° gennaio 1967, la Confederazione ha fatto abbondantemente uso del suo diritto di emanare disposizioni di protezione nel settore della protezione della natura. Queste disposizioni sono anche da intendere quale reazione all'evoluzione negativa della biodiversità. Uno degli strumenti mediante i quali la Confederazione mira alla conservazione della biodiversità locale è costituito dagli inventari federali. Il Consiglio federale ha la competenza di designare biotopi di importanza nazionale e di determinarne la posizione. Ai Cantoni spetta poi il compito di provvedere alla loro protezione e manutenzione. Tuttavia la Confederazione non lascia semplicemente liberi i Cantoni nell'attuazione di questo compito, bensì ha concretizzato i compiti d'esecuzione in cinque ordinanze (una per ciascun tipo di habitat) e aiuti all'esecuzione. Nelle cinque ordinanze sulla protezione dei biotopi sono definiti in particolare gli obiettivi di protezione, tutti più o meno dello stesso tenore: gli oggetti devono essere conservati intatti. Unicamente l'ordinanza concernente la protezione delle zone golenali d'importanza nazionale (ordinanza sulle zone golenali; RS 451.31) e l'ordinanza sulla protezione dei prati e pascoli secchi d'importanza nazionale (ordinanza sui prati secchi, OPPS; RS 451.37), nell'art. 4 cpv. 2 rispettivamente nell'art. 7, ammettono deroghe all'obiettivo di protezione e lasciano così un margine di manovra, benché limitato, per una ponderazione degli interessi, segnatamente in caso di progetti a ubicazione vincolata ai fini di un altro interesse pubblico preponderante d'importanza nazionale. Unicamente l'OPPS contiene una disposizione derogatoria ancora più generosa che consente ai Cantoni di autorizzare deroghe all'obiettivo di protezione per progetti a ubicazione vincolata che non rappresentano un interesse nazionale, a condizione che l'intervento e la sostituzione avvengano in un cosiddetto comprensorio di valorizzazione PPS.

In merito alla domanda 1: sì, il Governo condivide l'opinione per quanto riguarda le sfide procedurali alle quali sono confrontati i comuni effettivamente interessati. La delimitazione di comprensori di valorizzazione PPS dovrebbe entrare in considerazione

solo per una minoranza dei comuni grigionesi nei quali sussistono o si delineano in modo chiaro conflitti di utilizzazione. Le sfide consistono nell'individuazione precoce della necessità di un comprensorio di valorizzazione e nella questione relativa al fatto se la situazione degli spazi naturali permetta di definire un comprensorio di valorizzazione che soddisfi i requisiti posti dall'Ufficio federale dell'ambiente.

In merito alla domanda 2: non esistono ancora valori empirici relativi all'onere per la definizione di un comprensorio di valorizzazione. L'onere finanziario dipende dai dati già a disposizione nonché dall'estensione del territorio e per la maggior parte dei comuni interessati dovrebbe attestarsi nell'ordine di poche decine di migliaia di franchi. L'Ufficio per la natura e l'ambiente prevede un onere di tempo di almeno un anno per la fase di elaborazione della strategia e di almeno un anno per la concretizzazione nella pianificazione dell'utilizzazione.

In merito alla domanda 3: per l'elaborazione delle basi ecologiche per una strategia relativa a un comprensorio di valorizzazione il Cantone può garantire ai comuni contributi LPN il cui ammontare deve conformarsi all'efficacia ecologica delle misure. Per i proprietari dei fondi non sussiste alcun diritto diretto a indennizzo. Tuttavia, se una superficie è oggetto di una valorizzazione ecologica e se questo fatto comporta una riduzione del valore del terreno, la minusvalenza può essere indennizzata. L'indennizzo per la cura adeguata di biotopi e di strutture che si trovano all'interno di un comprensorio di valorizzazione PPS avviene sulla base di contratti di gestione.

In merito alla domanda 4: i comprensori di valorizzazione vengono definiti nella pianificazione dell'utilizzazione. Questa procedura offre ampie possibilità di partecipazione e garantisce piena tutela giuridica. Come per ogni altra modifica dello stato, per le valorizzazioni è indispensabile il consenso del proprietario del fondo.

In merito alla domanda 5: il Governo si è impegnato a più riprese, ma finora purtroppo senza successo, per fare in modo che la Confederazione crei i presupposti giuridici affinché, in caso di interventi di piccola entità in oggetti PPS che non riducono sostanzialmente lo stato dell'oggetto, sia possibile garantire l'obiettivo di conservazione quantitativa e qualitativa del PPS ordinando una sostituzione in natura nella procedura di autorizzazione. Esso continuerà a intervenire presso la Confederazione a favore di semplificazioni procedurali in tal senso.



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin